

"Das Commonwealth liegt näher" in Deutsche Zeitung (31. Juli 1957)

Quelle: Deutsche Zeitung. mit Wirtschaftszeitung. 31.07.1957, n° 61; 18. Jg. Stuttgart: Curt E. Schwab GmbH. "Das Commonwealth liegt näher", p. 3.

Urheberrecht: (c) Deutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/das_commonwealth_liegt_naher_in_deutsche_zeitung_31_juli_1957-de-d916ba11-d90c-4582-97e8-2e83eae1e713.html



Publication date: 01/03/2017

Das Commonwealth liegt näher

Englands kühle Liebe zu Europa

Cl. LONDON

Am liebsten wäre England eine schwimmende Insel. Das Tag und Nacht kreisende große Radargerät auf den Klippen von Beachy Head ist der Ausguck im Top. Da die Insel aber nun einmal am Kontinent hängt, wird dem Besucher vom Festland heute die britische Zuwendung zu Europa immer wieder am Beispiel des Kanaltunnels bekräftigt, gegen dessen ernstliche Planung sich zur Zeit keine amtlichen und öffentlichen Bedenken mehr erheben. Ueber Wasser würde alles beim alten bleiben. Doch könnten Lasten und Touristen dann von und nach Köln oder Paris in wenigen Stunden rollen, was allerdings den Verkehrsfrieden auf beiden Ufern mit einer Kette von Unfällen wegen Fahrens auf der falschen Seite bedrohen würde. Denn daß England den Kontinentalen zuliebe das Linksfahren abschaffen sollte, hieße kaum weniger verlangen als den Anschluß der Insulaner an das Dezimalsystem oder eine Aenderung ihrer puritanisch wohlmeinenden Gesetze über den Alkoholausschank.

Für die britische Außenpolitik besagt es wenig, daß sie und also auch Europa in der großen Rechenschaftsrede überhaupt nicht vorkamen, die Premierminister Macmillan in Bedford, der konservativen Hochburg der Midlands, vor den Getreuen seiner Partei hielt. Die Schreier von der Empire Liga, die ihn und Churchill bei einer Massenversammlung in London zum Thema der Einigung Europas behelligt hatten, kamen auch in Bedford zu der Gelegenheit, ihn der Zerstörung des Empires zu bezichtigen, wurden jedoch von den Ordnern zur Ruhe gewiesen.

Lob des Commonwealth

Die Freihandelszone wird in wirtschaftlichen Kreisen Englands um so eifriger, gründlicher und in der Regel positiver erörtert, je diskreter die Regierung über diesen ihren höchst eigenen Plan heute ist. Die deutsche Wiedervereinigung liegt im wohlverstandenen britischen Interesse, das auf die Beseitigung des schlimmsten Unruheherdes in Europa gerichtet ist, auch wenn sie ebenso wie der Gemeinsame Markt den Leser der Massenblätter kaum beschäftigt.

Auf einem Fußballrasen mit einem Gaswerk und fahrenden Zügen im Hintergrund war ein in den Nationalfarben dekoriertes Stand aufgebaut. Gegenüber der Publikumstribüne saßen dort hinter dem stattlichen, aber wie alle Staatsmänner heute angestrengt aussehenden Premier sein Kolonialminister Lennox Boyd, Staatssekretär Soames aus dem Marineministerium und dessen hübsche Frau Mary, geborene Churchill, nebst anderen Parteigrößen der Graftschaft. Die etwa zweitausend Zuhörer vernahmen zunächst Edens Lob und den Preis des Commonwealth, ehe Macmillan auf die Lohn-Preis-Spirale, auf die schlechte Lage der Pensionäre im Wohlfahrtsstaat und auf die unbelehrbaren Sozialisten zu sprechen kam. In einer sich wandelnden Welt, so meinte er, blieben die Sozialisten immer die gleichen. Die tüchtigen Parteidamen und manche graumelierte Männer in Tweedjacken auf der Tribüne merkten kaum, daß die Haupttugend der britischen Konservativen — nicht erst seit dem Suez-Konflikt — ihre Fähigkeit sein muß, in den Gang der Ereignisse eingeschaltet zu bleiben mit einem Mindestmaß an Anpassung und, wenn es nach ihren Wünschen geht, mit einem Höchstmaß an Kontrolle.

Macmillan war betont optimistisch. Gewiß die richtige Haltung für einen Regierungschef, dessen Partei nach allgemeiner Ansicht ihren geringen Wählervorsprung bestimmt verlieren würde, wenn morgen gewählt würde. Ihre und seine Chance sind deshalb die zwei Jahre, bis wirklich gewählt werden muß. Enthusiastisch, soweit es die solide Nüchternheit dieses vom Verleger zum Diplomaten und Staatsmann gewordenen Schotten mit der amerikanischen Mutter überhaupt zuläßt, sprach er von Englands Führerrolle im neuen Commonwealth, die seine Partner freiwillig akzeptiert hätten. Die aufopfernde Arbeit des in Afrika, Asien und Westindien vielgereisten Kolonialministers werde auch weiterhin ihre Früchte tragen. Kein Volk der Welt investiere einen größeren Prozentsatz seines Nationaleinkommens außerhalb des eigenen Landes als das britische. Die Devisenlücke von 300 Millionen Pfund, die Nehru im Sterlingraum nicht schließen kann,

blieb als nicht zur Sache gehörend unerwähnt.

In der Rolle des Weltbankiers

Briten und weitgereiste Kontinentaleuropäer sind sich einig in ihrer Voraussage, daß dieses merkwürdige Commonwealth ein langes Leben haben werde, gerade weil nirgends mehr jenseits von Zypern britische Kreuzer erzwingen können, was die gemeinsamen Bande von Sprache, Schule, Crickett und Sterling nicht zuwege bringen. Ein anderer repräsentativer Politiker der Konservativen Partei, der Ozean und Commonwealth über alles stellt, wurde von einem Amerikaner im Gespräch an Churchills Ausspruch erinnert, er sei nicht noch einmal britischer Premierminister geworden, um der Auflösung des Empires vorzustehen. Es handle sich nicht um Auflösung, sondern um Liquidierung, war die lächelnde Antwort des weisen britischen Parlamentariers.

Das Präferenzzollsystem wird politisch bis zum letzten Augenblick verteidigt werden. Praktisch begünstigt es zum Beispiel den britischen ausgehenden Handel nach Australien nach fachmännischen Angaben nur noch um etwa drei Prozent. Das wirkliche Bestreben der Industriemacht England — und sie läßt es sich sehr viel kosten — geht dahin, sich einen Vorsprung in der freien Weltkonkurrenz zu verschaffen durch einen Wettlauf mit den Vereinigten Staaten als Weltbankier. Das erklärt Macmillans Vorschlag einer Freihandelszone im vergangenen Jahr ebenso wie die jetzigen mühevollen Versuche seines Nachfolgers als Finanz- und Wirtschaftsminister, Thorneycroft, der schleichenden Inflation durch Sparmaßnahmen, Krediteinschränkungen und den Appell zur Produktionssteigerung doch noch Herr zu werden, ohne den Sterlingkurs zu ändern. Freilich schränkt die gewaltige Soziallast des Wohlfahrtsstaates, zu der die Konservativen eher noch einiges hinzutun möchten, die Sparmöglichkeiten im Budget sehr ein, auch wenn die Umrüstung wirklich den Wehretat verbilligen sollte.

Im Commonwealth rühmt sich England, das Tempo der Entwicklung im Gegensatz zu anderen früheren Kolonialmächten durch rechtzeitiges „Aussteigen aus der Herrschaft“ nach wie vor in der Hand zu haben. Wie man nach einem offensichtlich verlorenen Rennen als fairer Verlierer wieder aufholen will, zeigt die neue englische Politik im Nahen Osten. Während Nehru auf dem Rückweg von der Londoner Konferenz seinen den Engländern sehr willkommenen Besuch bei Nasser machte, wurde in beiden Häusern des Parlaments die bittere Hinterlassenschaft der Entschädigung jener britischen Untertanen verhandelt, die in Aegypten Heim, Arbeit und Vermögen verloren haben. Im Oberhaus stellte ein Labour-Lord dem Regierungsvertreter die harte Frage, wer denn eigentlich für die Unbill verantwortlich sei, die Angehörige eines ihr Gastland angreifenden Staates draußen erleiden. Lord Hailsham, für die Regierung sprechend, nahm umständlich die Beine vom Tisch, stand auf und versicherte den Lords, man wolle Aegypten ja nur die Beteiligung an der Wiedergutmachung zumuten, die es vernünftigerweise vielleicht akzeptabel finden werde. Das ist nicht die Sprache der Schwäche, sondern der unsentimentalen Beharrlichkeit, kein Unwiderruflich gelten zu lassen. In einem Jahr, so meinte ein guter Kenner des Mittelostens, werde wieder ein britischer Botschafter in Kairo sitzen. So lange und länger hat man in London Zeit, wenn eine gewaltsame Abkürzung nicht zum Ziel geführt hat. Es gibt Engländer, deren Lebenswerk in jenen Gegenden ihnen ein Recht zum Urteil gibt, die den Riß des Bagdadpaktes durch die arabische Welt nach wie vor tief bedauern und ihn für militärisch irrelevant sowie für politisch kaum manövrierbar halten. Auch sie sind allerdings mit der Regierung der Meinung, daß Amerikas Anwesenheit im Nahen Osten das entscheidende Moment ist, obgleich sie niemand zu Gefallen sein will, sondern lediglich den eigenen Oel-Interessen dort entspricht.

Die Weisheit des Weißbuches über die Umrüstung ist weder militärtechnisch noch außenpolitisch unbestritten. Der Besitz der H-Bombe freilich wird als ebenso selbstverständlich betrachtet, wie der Wunsch und Wille echt ist, sie nie zu gebrauchen. Angesehene Militärs, die sich, als Sachverständige außerhalb der Armee betätigen, vertreten etwa die Ansicht, einen großen Krieg in Europa werde es nicht geben, wohl aber sei ein Konflikt im Nahen Osten immer möglich, zu dessen Lokalisierung — sprich: Draußenbleiben der beiden Größten — der Einsatz englischer taktischer Atomwaffen beitragen könnte. Für Europa geht diese Auffassung davon aus, daß nach der Verwandlung der Satellitenheere aus einem Trumpf in eine Belastung der Sowjetpolitik mit einem Massenaufbruch der 170 russischen Divisionen zur Eroberung Westeuropas kaum mehr zu rechnen sei.

Militärische Ueberlegungen

Die Aufgabe der deutschen Bundeswehr sei um so wichtiger, weil sie nicht mehr den Stolperdraht zu ziehen habe, sondern als Feuerwehr den Funkenflug aus etwa kommenden Unruhen in Ostdeutschland und Osteuropa verhindern müsse, damit sich eben auf keinen Fall der große Krieg in Europa entzündet. Um atomare Kettenreaktionen möglichst auszuschließen, sei es besser, die Bundeswehr nicht mit taktischen Atomwaffen auszurüsten, was natürlich die gleiche Bewaffnung der mobilen NATO-Divisionen bedenklich in Frage stellen würde. Gesamtdeutschlands Verbleiben in der NATO sei wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich für die Aufrechterhaltung des Westbündnisses. Unentbehrlich aber sei die schnelle Bereitstellung westdeutscher, zur Selbstverteidigung ausreichender Streitkräfte im Rahmen des atlantischen Bündnisses, gerade wenn eine Entmilitarisierung der Ostzone in den Preis für die Wiedervereinigung einbezogen werden müsse. Ein prosperierender Staat wie die Bundesrepublik könne nicht „nackt“ in der Welt dastehen.

Noch ist der Tunnel unter dem Kanal nicht in Angriff genommen, und auch die Freihandelszone öffnet noch nicht ihre Tore zwischen Insel und Kontinent. Bis auf weiteres sieht man also in England das kontinentale Europa noch aus der gewohnten Distanz. Die Säuberung in Moskau hat die seit Ungarn abgeschriebenen Koexistenz-Spekulationen nicht wieder aufleben lassen. Die deutschen Wahlen werden in ihrer Bedeutung für die europäische Gesamtlage sehr wohl erkannt. Ein Wechsel in der Regierung wird mit voller Ueberzeugung wohl auch von der Labour Party nicht gewünscht. Wenn er kommen sollte, würde er als die späte Uebernahme der Verantwortung durch die Opposition nach demokratischen Spielregeln begrüßt. Ein in Deutschland wohlbekannter Labour-Politiker meinte, da das heute freie und souveräne Deutschland hintereinander unter Diktatur, Kolonialbesatzung und schließlich in einem vorfabrizierten Dominion gelebt habe, sei es mit wirklicher außenpolitischer Erfahrung bei Regierung und Opposition noch nicht weit her. Eine deutliche, aber ebenso ernst wie gut gemeinte Herausforderung an den nächsten Bundestag.